Dresden 1882.
Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnementpreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge.
Auflage 37000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Görlitz; — Rob. Rich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

27. Jahrgang.
Inserate werden Marienstraße 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten ... nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. ... 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Dresden-Neustadt **Gebrüder Hollack** Dresden-Neustadt
Bier-Import- und Export-Geschäft.
Pilsner Bier, Liboschauer, Schwechater bei Wien, Erlanger (Gebrüder Reif), Michelup, Baireuther, Culmbacher (von Sandler und Petz), Dresdner Hofbrauhaus, Zerbster, Kloster Marienstener, Berlin (A. Landré), Worms am Rhein, Schlossbrauerei Schirlitz, Porter von Barclay Perkins & Comp. und Allsopps India Pale Ale aus London, Malzextrakt, im Stammwürzgehalt das kräftigste, malzreichste aller Gesundheitsbiere. Probekisten, diese 17 Biere in Flaschen enthaltend, ab hier 10 Mark.

Künstliche Zähne
in Gold und Kautschuk, ohne Entfernen der Wurzeln, Plombiren, Zahnschmerz beseitigt, Reparaturen sofort. Solide Preise.
Neesse's Atelier
(früher Jean Schlössert),
Rosmaringasse 1, Ecke der Schloss-Strasse.

Simili-Brillanten

	Fassung von echt Silber	echt Gold	vergoldet
Ohrringe, à Paar	M. 2,50 u. 4 M.	7 bis 10 M.	M. 1,50 bis 2 M.
Brochen, à Stück	5 bis 10 M.	10 M.	
Cravatten-Nadeln, à Stück	3 M.	M. 4,50 bis 5 M.	1 M.
Chemisetsknöpfe, Garn. (3 St.)	5 M.	9 M.	2 M.
Ringe, à Stück vergoldet	3 M.	7 bis 10 M.	

Trauringe von echtem massiven Gold, Stück 6 M.
R. A. Müller, Pragerstrasse Nr. 37.
Galanterie-, Leder-, Spiel- und Nadlerwaaren-Handlung.

Nr. 13. Witterung vom 12. Januar: Barometer nach Oskar Bösold, Waisenhausstr. 15 (Nchm. 6 U.) 776 Mill., seit gestern unverändert. Thermometrogr. n. Reaum.: Temper. 3° 26., niedr. Temp. 1° 26., höchste Temp. 8° 23. Nord-West-Wind, bedeckt.
Aussichten für den 13. Januar: Neblig, zeitweise aufklärend, meist trocken, etwas kälter.
Freitag, 13. Januar.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Der Telegraph wird auf einer späteren Spalte berichten, ob der Reichstag den Antrag Windthorst's auf Beseitigung eines der härtesten und grausamsten Kulturkampfgesetze angenommen oder verworfen hat. Man erwartete zu Beginn der Verhandlungen hierüber die Annahme des Windthorst'schen Vorschlages. Ein Gesetz, das Geistliche deshalb auf gewisse Landestheile internirt oder gar aus dem Vaterlande verbannt, weil sie, ihrer kirchlichen Pflicht gemäß, seelsorgerische Handlungen vorgenommen haben, die ihnen die Polizei verbot, ein solches Gesetz ist eine der schlimmsten Ausnahmemaßregeln und wird im Herzensgrunde selbst nicht von Denen gutgeheißen, die ihre Wiederbeseitigung nur aus taktischen Gründen verschieben möchten. Während das Sozialistengesetz nur die Ortsverweisung der unversöhnlichen Feinde der staatlichen und gesetzlichen Ordnung kennt, nimmt das sogenannte Expatriirungsgesetz pflichttreuen Geistlichen sogar Heimath und Vaterland. Der aus Leipzig verbannte Sozialdemokrat kann wenigstens in Borsdorf oder Dresden unangefochten leben; der aus Posen vertriebene Geistliche kann gleich über die Reichsgrenze spedirt werden. Diese Ausgeburt des preußischen Kirchenkonfliktes ist bei erster Gelegenheit zu beseitigen. Sie ist Vorbedingung der Gewinnung des Centrums für dessen erfolgreiche Mitwirkung an der sozialpolitischen Neugestaltung des Erwerbslebens in Deutschland. Wer diesen Zweck will, darf auch die Mittel dazu nicht verweigern. Hebung des Erwerbslebens — darum dreht sich doch schließlich die gesammte Politik im Reichstage wie in den Landtagen. Haben doch die jüngsten Verhandlungen im sächsischen Landtage über das Unterrichtswesen wahrhaft beschämende Thatsachen darüber ans Licht gezogen, wie der Rückgang im Erwerbsleben die Pflege der Volksbildung empfindlich beeinträchtigt.

Mit einem tiefen Seufzer gestand der Herr Minister v. Gerber ein, daß gerade er, als Vorstand des Unterrichtswesens, es schmerzlicher als vielleicht alle anderen Minister empfunden habe, wie schwer der Druck der wirthschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande gelastet hat. Zur Zeit des wirthschaftlichen Aufschwunges waren die sächsischen Landgemeinden bereit und willig, die höheren Ansprüche, die das Volksschulgesetz an ihre Finanzen stellte, zu erfüllen. Sie waren bis 1876 durchaus nicht beutelfaul. Eine Reihe schmucker, gesunder neuer Schulgebäude entstand. Als der Börsenkrach die Wellen seines wirthschaftlichen Niederganges bis in die Kassen der Dorfgemeinden trieb, erlahmte die Opferfreudigkeit gar merklich. Es fehlte an Geld zur Beschaffung zweckmäßiger Subsellien in den Klassenzimmern, zur Errichtung von Turnplätzen und was der theuerste Ausgabeposten: zur Besoldung von Turnlehrern. So bekennt der Minister mißmuthig, in den 7 Jahren seit Einführung des Volksschulgesetzes noch nicht weiter gekommen zu sein, als daß nur 313 Dorfgemeinden den Turnunterricht bei sich einführten, während 1482 damit noch im Rückstande sind. Es steht zu hoffen, daß bei den besseren und gesicherteren Erwerbsverhältnissen, in die wir seit Jahresfrist eingetreten sind und die bereits zur Steuerverminderung führten, auch bei den Dorfgemeinden sich die Opferwilligkeit wieder einstelle, für Schulzwecke wieder etwas tiefer in den Beutel zu greifen.

Anderer Natur waren die Bedenken, in welchen sich der Abg. Starke und der Minister Dr. v. Gerber bezüglich der Ueberbürdung der höheren Schulen mit allerhand buntem Lehrstoffe begegneten. Es liegt so viel dessen, was der Engländer common sens, der Deutsche gesunden Menschenverstand nennt, darin, was der Minister ausführte: daß heutzutage die jungen Leute von der Realschule und dem Gymnasium als überbürdete und lernmüde Menschen die Universität beziehen, statt mit der Frische und Kraft, die hoffen läßt, daß sie die Fachwissenschaften ergreifen. Jetzt thue man fast so, als ob das Leben Nichts mehr lehre, sondern die Schule Alles lehren solle; der Student solle womöglich von der Universität aus als ganz fertiger Regierungsrath kommen. Deshalb habe man das Universitätsstudium so verlängert, der junge Mann solle in den verschiedensten Gebieten bewandert sein. Früher habe man angenommen, daß der junge Mann dies aus der Praxis lerne. Den wahren Grund dieser bedauerlichen Richtung unseres Erziehungswesens aber hat man in der Kammer nicht einmal leise berührt: es ist dies das Hereinragen des militärischen Elementes in das Unterrichtswesen. Das Freiwilligensystem mit seinem Aufweisen von in den Kopf gepumpten, lediglich fürs Examenbestehen berechneten Kenntnissen drängt die gelehrten Mittelschulen von ihren eigentlichen Lehrzwecken ab. Auf den Hochschulen aber gewinnt das, dem Militärexamen abgelauschte Prüfiren von formellem Wissen verschiedener Art immer mehr an Terrain.

Man hat den Wiener Ringtheaterbrand den vierten großen Krach genannt, den Oesterreich seit den Jahren 1859, 1866 und 1873 erlitten. Trotzdem scheint dem Kaiserstaate an der Donau noch ein größerer Krach bevorzustehen und es ist durchaus nicht zu melancholisch, wenn der „Reichsbote" seine Leier also stimmt:

Und selbst der jüngste vierte Krach
War lang noch nicht der große!
Den größten birgt die Zukunft, ach!
Noch kreisend in ihrem Schooße.

Wiederholt haben wir schon auf den hochinteressanten Wettkampf hingewiesen, den zwei der größten Finanzmächte: die Rothschilde und die Bontoux'sche Länderbank um die financielle Ausbeutung der österreichischen Monarchie führen. Das ursprüngliche Kampffeld lag und liegt noch in Frankreich. Hier wurde die erste große Schlacht zwischen beiden gewaltigen Börsenmächten geschlagen. Bontoux ging daraus als Sieger hervor, die Rothschilde erlitten eine empfindliche Schlappe, — 200 Mill. Francs — einer derselben, Baron James, schnitt sich aus Gram über den Verlust seines Vermögens die Kehle durch. Um die Scharte auszuwetzen, verbanden sich die Rothschilds mit dem berüchtigten Eisenbahnmacher Philippart, dem Director der Banque de Lyon et Loire, Herrn Savary, und als vierter Helfershelfer wurde das Comptoir d'Escompte de Paris angeworben, das sich durch die „blutige Begründung" der Schweizerbahnen einen angesehenen Namen bei allen Braves der europäischen Börsen erworben hatte. Dieses vierblättrige Kleeblatt beschloß, den gemeinsamen Nebenbuhler, Bontoux, Präsidenten der Unionbank in Paris und der Länderbank in Oesterreich, zu stürzen. Es wurde die bekannte Interpellation im Wiener Reichsrathe in Scene gesetzt, wobei dem Ministerium Graf Taaffe die bittersten und sachlich vollständig gerechtfertigten Vorwürfe gemacht wurden, weil dieses, entgegen den Statuten der Länderbank, die Ausgabe junger Aktien vor der Volleinzahlung gestattet hatte. Indessen Graf Taaffe und die Länderbank Bontoux überstanden auch diesen wüthenden Ansturm. Jetzt spielt die Rothschildgruppe den dritten und stärksten Trumpf aus, um den verhaßten Nebenbuhler zu stürzen. Jene Lyoner Bank bewarb sich um die Gründung einer „Maritimen Bank" in Triest. Dieselbe sollte chimärische Projekte verwirklichen: die Naphthaquellen im Kaukasus im Großen ausbeuten und eine neue großartige Seedampferverbindung von Triest aus errichten. Das Kapital dieser Maritimen Bank war auf 100 Mill. Francs, genau so groß, wie das der Länderbank, bemessen und um ihre Solidität zu beweisen, warf sie sofort 50 Mill. in Gold auf den Tisch; die andere Hälfte machte sie sich anheischig, sofort nach erfolgter Concession in blanken Napoleons beizubringen. Um die Regierung Oesterreichs zu gewinnen, wollte man den klerikalen Fürsten Alois Liechtenstein als Präsidenten engagiren. Beide rivalisirende Bankinstitute brachten außerdem die wichtigsten österreichischen Zeitungen sammt Druckereien und Papiermühlen an sich: die Rothschildgruppe das Wiener Extrablatt, die Deutsche Zeitung, das demokratische Tageblatt und die Wiener Allgemeine Zeitung, während sich die Länderbank die beiden Pressen, die Morgenzeitung, das Fremdenblatt und den Kikeriki zulegten. Die Organe des „wahren Deutschthums" in Oesterreich führten um die Wette die widerlichsten Hexentänze ums goldene Kalb auf. Da erfolgte der Schlag: die österreichische Regierung verweigerte die Concession der Maritimen Bank und dieser Schlag wirkte elektrisch nach Frankreich weiter. Hier nämlich und zwar in Lyon war inzwischen das Gründungsfieber in einem so rasenden Grade ausgebrochen, dessen man sich aus dem tollsten deutschen Börsenschwindel nicht zu entsinnen vermochte. In dieser zweiten Stadt Frankreichs hatte seit einem halben Jahre die Spekulation und Agiotage ganz fabelhafte Verhältnisse angenommen. Die Kaufleute bekümmerten sich nicht mehr um ihre Geschäfte, die Industrie, besonders die Seidenindustrie, war zu einer Art Stillstand gelangt, weil alle Welt an der Börse spielte. Der Ursprung dieses Fiebers lag in der großen Hausse der Union generale, welche ein Dutzend Lyoner Bourgeois plötzlich zu Millionären machte. Alles spielte nun in Lyon a la hausse. Die Aktien der Lyoner Bank im Nominalbetrag von 500 Francs waren zu nur 125 eingezahlt, man schwindelte sie bis auf 1900 hinauf. Diese Spielwuth verschlang nicht bloß zahlreiche Vermögen, sie führte auch den Irrenhäusern massenhaft Patienten zu. Als die österreichische Regierung die Triester Bankconcession verweigerte, stürzten die Lyoner Aktien von 1900 auf 600. Weitere entsetzliche Folgen stehen bevor. Für Oesterreich kann dieser Lyoner Krach lustreinigend wirken, er kann aber auch den Kaiserstaat, in welchem die Länderbank jetzt die größte Macht im Reiche darstellt, in die absolute Abhängigkeit unter das ausländische Kapital und seine Corruption bringen. Es kann auch uns Deutschen nicht gleichgiltig sein, wenn unser bester Alliirter seine Machtmittel dem ausländischen Kapitale zur Verfügung stellt. Diese Vorgänge sind von solcher sozialer, politischer und wirthschaftlicher Bedeutung, daß ihre Erwähnung auch an dieser Stelle sich rechtfertigt; sie werden auch Deutschland nicht unberührt lassen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 12. Januar.

Berlin. Reichstag. Die Berathung über den Antrag Windthorst wird fortgesetzt. Dr. Hänel ist einer Revision der Maigesetze nicht entgegen; wenn man aber das in Frage stehende Gesetz einfach aufhebe, wisse man nicht, wohin man steuere. Der Reichskanzler, der sonst seine Selbstständigkeit bis aufs Aeußerste wahrt, hätte ganz wohl eine Erklärung über die Stellung der Regierung zu dem Antrage Windthorst abgeben können, bevor der Bundesrath darüber Beschluß gefaßt habe. Auf gewisse Kernpunkte der Maigesetzgebung werde die Fortschrittspartei nie verzichten; auch werde sie nie Verhandlungen anerkennen, die mit einem außerhalb des Vaterlandes stehenden Faktor über innere Verhältnisse abgeschlossen werden. Wie haben sich die Meinungen seit 6 Jahren geändert! Früher war man politisch anrüchig, wenn man nicht Kulturkämpfer war, heute — will es Keiner gewesen sein. (Heiterkeit.) Abg. Liebknecht stellt die Einbringung eines Antrages auf Beseitigung aller Ausnahmegesetze, des Jesuitengesetzes, der elsässischen Diktatur-Paragraphen, des Sozialistengesetzes u. s. w. in baldige Aussicht. Dieser gegenwärtige Reichstag habe vom souveränen Volke die Aufgabe übertragen erhalten, das jetzige System zu brechen. v. Hammerstein: Liberalerseits sei in den Kulturkampf der Charakter des Kampfes gegen alles Christliche hineingewebt worden. Die Maigesetzgebung ist zur Schaffung einer Grenzlinie zwischen Staat und Kirche untauglich. Ein Staat, der von einer Kirche verlange, daß sie ihre Dogmen nach seinen Gesetzen einrichtet, wird mit keiner Kirche auskommen. Richter-Hagen kritisirt das Schweigen der Regierung und führt umständlich eine Reihe von Fällen an, in denen der Reichskanzler seine Meinung ausgesprochen habe, noch bevor der Bundesrath geschlossen, so bezüglich der Reichstagsverlegung von Berlin, des Tabaksmonopols &c. Der Präsident bittet, auf den Antrag Windthorst zurückzukommen. Richter erklärt, er werde sich diesem Wunsche nicht fügen; die Frage, ob die Regierung in Fällen wie der vorliegende zu sprechen oder zu schweigen habe, sei von großer politischer Bedeutung. Der Reichskanzler benütze den Bundesrath als Coulisse, die er diplomatisch verschiebe. Er bedauert die Verhandlungen mit Rom; die besondere Methode des Reichskanzlers, auswärtige Einflüsse in inneren Angelegenheiten zur Geltung zu bringen, habe den Kulturkampf vergiftet. Das Gesetz über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern sei seit Jahren nicht in Anwendung gekommen und infolge dessen hinfällig. Wäre es auf Zeit ertheilt, so würde Niemand an dessen Prolongation denken. Ein discretionäres Ermessen in kirchenpolitischer Beziehung würde vom Reichskanzler Fürst Bismarck zu politischen Zwecken ausgenützt werden. Die Kirchenpolitik würde zum Handelsartikel herabgedrückt. Der Erlaß vom 4. Januar sei die Aufforderung: uns klar zum Gefecht zu machen; da müsse man denn alle Hindernisse aus dem Wege räumen. Staatssekretär von Bötticher: Das Generalthema des Vorredners war: der Kanzler ist vom Uebel, der Kanzler muß bekämpft werden. Der Vorredner habe das Thema schon seit Jahren immer mit denselben Gründen ventilirt; wenn er neue Gründe beibringe, werde an eine Widerlegung derselben heranzutreten sein. Die Stellung des Bundesraths sei verfassungsmäßig festgestellt; der Reichskanzler brauche keine Coulisse und der Bundesrath, die Vertretung der Souveräne Deutschlands, habe nicht nöthig, sich als Coulisse brauchen zu lassen. (Bravo.) Marcard erwartet, daß die Regierung die Stimmen nicht zählen, sondern wägen werde. Schröder-Wittenberg erklärt sich gegen diese Auffassung; hier seien alle Stimmen gleichwerthig. Er bestreitet, daß der Kulturkampf als Kampf gegen das Christenthum überhaupt geführt worden sei. Für seinen schwachen Theil übernehme er die Verantwortung an der Maigesetzgebung; aber der Zweck derselben sei nicht die Bekämpfung der katholischen Kirche gewesen. v. Kardorff weist die Unterstellung des Abgeordneten Richter zurück, als beabsichtige seine Partei Schutzzölle u. s. w. gegen kirchenpolitische Concessionen auszutauschen. Nachdem noch Frhr. Langwerth v. Simmern für den Antrag Windthorst eingetreten, nimmt der Antragsteller das Schlußwort. Wenn Schröder-Wittenberg die Meinung der liberalen Vereinigung (Secessionisten) ausgesprochen, dann sei diese Fraktion die feindseligste. Die Verhandlungen haben hinlänglich gezeigt, daß man allseitig das baldige Ende des Kulturkampfes wünsche. Ueber die Entsendung nach Rom habe er seine besonderen Gedanken; er freue sich gar nicht so sehr darüber. Jedenfalls dürfe man sich nicht abhalten lassen, den Anfang mit der Beseitigung der Kulturkampfgesetze zu machen. Nehmen Sie den Antrag an, Sie werden damit für das Vaterland großen Nutzen schaffen. Dann wird in die 2. Lesung eingetreten. Rickert gegen den Antrag Windthorst, für den kein Bedürfniß vorliege, da das betr. Gesetz jetzt gar nicht zur Anwendung komme. Er bringt eine motivirte Tagesordnung ein (die vierte). v. Forckenbeck hält eine Revision der Maigesetzgebung für nothwendig, doch müsse sich dieselbe von Fall zu Fall vollziehen. Für die Aufrechthaltung des Gesetzes auf Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern sei kein Grund vorhanden, andererseits empfehle sich die Annahme des Antrages Windthorst' 48 Stunden vor Zusammentritt des Landtages, der Klarheit bringen müsse, nicht. Schließlich werden sämmtliche motivirten Tagesordnungen abgelehnt und der Antrag Windthorst mit 233 gegen 115 Stimmen angenommen. Dafür stimmen Centrum, Polen, Elsässer, Sozialdemokraten, die Hälfte der Deutschkonservativen und die Mehrheit der Fortschrittspartei. 7 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Paris. Drei Patres der Mission in Algier wurden unweit Ghadames ermordet. Als Urheber des Verbrechens wird ein Caid in Ghadames bezeichnet, welcher bei der Niedermetzelung der Mission Flatter's kompromittirt war und deren Nachlaß er den Tuaregs zugesteckt hatte.

Berliner Börse. Die Tendenz war heute wesentlich besser als gestern. Das Gerücht vom Zusammensturz der Bank von Lyon hat sich nicht bestätigt und gewinnt man von der Lage in Paris ein besseres Bild. Creditactien schwankend, schlossen 3½, Franzosen 7, Lombarden 4 M. höher. Von deutschen Bahnen waren Oberschlesische und Marienburger sehr belebt; erstere verloren in Folge von Realisationen 2½ Proc., letztere zogen 2 Proc. an. Banken fester; Disconto 1½ Proc. besser. Bergwerke fest. Deutsche wie fremde Fonds still. Oesterr. Prioritäten mehrfach etwas besser.

Lokales und Sächsisches.

— Die feierliche Investitur Sr. Maj. des Königs mit dem Hosenbandorden wird am 5. Februar stattfinden.

— Der erste Hofball, zu dem gegen 600 Einladungen ergangen waren, hat am Mittwoch stattgefunden. Demselben wohnte Se. Maj. der König, Se. K. H. Prinz und Prinzessin Georg und Prinzessin Mathilde, Prinz Alexander zu Sachsen-Weimar und Fürst Heinrich IV. Reuß-Köstritz mit seiner Tochter Prinzessin Eleonore bei. Auch die Fürstin Metternich nahm an dem Ballfeste theil. Es wurden beim Balle mehrere seither noch nicht benutzte Räume benutzt, die prächtig ausgestattet gewesen sein sollen. Der Ball fand im Eckparadesaal statt, der ganz mit Purpur ausgeschlagen war. Der Banket-Saal diente als Spielzimmer. Das Buffet war wie immer opulent. Das Musikchor des 2. Grenadier-Regiments führte die Ballmusik aus.

— Landtag. Die 1. Kammer bewilligte gestern auf Antrag der 2. Deputation (Ref. Martini) den Bau-Etat, darunter für Erweiterung der Gefangenenanstalt in Leipzig 104,000 Mark. — 2. Kammer. Abg. Streit motivirte seinen Antrag, ob nicht unerwartet einer umfassenderen gesetzlichen Regulirung des Knappschaftswesens das allgemeine Berggesetz von 1868 dahin zu ergänzen sei, daß diejenigen Mitglieder einer Knappschaftskasse, welche ohne Grund entlassen werden oder ihrerseits aus gesetzlichen Gründen die Arbeit verlassen, fernerhin nicht ohne Weiteres aller Ansprüche an die Kasse verlustig gehen. Abg. Bebel erläutert an Beispielen die Nothwendigkeit, daß den Arbeitern von ihren eingezahlten Geldern bei Entlassung ein Theil zurückgezahlt werde, illustrirt die traurige Lage vieler Kassen und entlassener Arbeiter und zeiht die Regierung wiederholt des Vorwurfes, daß sie zur Besserung der Verhältnisse nichts beitrage. Regierungskommissar Koch weist demungeachtet nach, was Seiten der Regierung in dieser Hinsicht gethan worden ist und was sich zunächst überhaupt erreichen ließ. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt sich bereit, die Erwägung der Zustände und Mittel zur Abhilfe mit thunlichster Beschleunigung eintreten zu lassen. Wenn Bebel meint, daß die wirthschaftliche Fundirung der Knappschaftskassen in mißlichem Zustande sich befinde, so müsse er leider dies zugestehen. Die Ursache hierzu ist aber die sozialdemokratische Partei, welche seit dem Jahre 1870 durch ihre agitatorische Thätigkeit die Existenz dieser Kassen bedeutend erschüttert habe. Abg. Bebel bezieht sich auf einen Ausspruch des Abg. Streit, wonach die Arbeiter mit Geldern nicht umzugehen verstünden. Es sei dies eine grobe Beleidigung. Er (Streit) möge nicht übersehen, daß es in seiner nächsten Nähe reiche Leute gäbe, auf welche dieser Vorwurf weit mehr Anwendung finde. Die Sozialdemokratie müsse stets den Sündenbock abgeben. In der Zeit unerhörter Prosperität werde dem Arbeiter nie höherer Lohn bewilligt, als der Arbeitgeber geben muß. Daß reiche Leute das Loos der Berg-Arbeiter durch milde Stiftungen erleichtert hätten, sei nie versucht worden. Bebel greift schließlich den Herrn Staatsminister wegen dessen Erklärungen an und findet es unerhört, wie der Herr Minister sich „herausnehmen" konnte, die sozialdemokratische Partei für den Niedergang der Kassen verantwortlich zu machen. Präs. Haberkorn: Der Hr. Abg. Bebel möchte sich doch Etwas menagiren. Dem Minister müsse doch ebenso Redefreiheit eingeräumt werden wie jedem Abgeordneten. Wegen des „Herausnehmens" erhält Bebel den Ordnungsruf. Abg. Streit prote-